

Sachverständigenrat
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

- MITTEILUNG FÜR DIE PRESSE -

Wiesbaden, 13. November 2002

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veröffentlicht heute sein

Jahresgutachten 2002/03

mit dem Titel

„Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum“.

Deutschland ist in diesem Jahr abermals wirtschaftliches Schlusslicht im Euro-Raum. Mit einer lediglich geringfügigen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 vH stagniert die wirtschaftliche Aktivität (Tabelle). Im Gefolge der gedrückten konjunkturellen Entwicklung verschlechtert sich die ohnehin bereits prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter. Im Jahresdurchschnitt sind 4,06 Millionen Personen als arbeitslos registriert, weitere 1,74 Millionen Personen sind ohne reguläre Erwerbsarbeit und nur aufgrund staatlicher Interventionen, beispielsweise Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, nicht als arbeitslos registriert. Gleichzeitig laufen die öffentlichen Haushalte aus dem Ruder: Das staatliche Defizit überschreitet die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze von 3 vH in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt um ganze 0,7 Prozentpunkte.

Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

	Einheit	1999	2000	2001	2002 ¹⁾	2003 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt	vH ²⁾	2,0	2,9	0,6	0,2	1,0
Inlandsnachfrage ³⁾	vH ²⁾	2,8	1,8	-0,8	-1,6	0,8
Ausrüstungsinvestitionen	vH ²⁾	7,2	9,5	-5,8	-7,4	0,9
Bauinvestitionen	vH ²⁾	1,4	-2,6	-6,0	-4,9	-0,2
Sonstige Anlagen	vH ²⁾	13,5	8,4	5,0	2,2	6,0
Konsumausgaben	vH ²⁾	3,0	1,4	1,3	-0,2	0,7
Private Haushalte ⁴⁾	vH ²⁾	3,7	1,4	1,5	-0,7	0,8
Staat	vH ²⁾	1,0	1,2	0,8	1,2	0,6
Exporte von Waren und Dienstleistungen	vH ²⁾	5,6	13,7	5,0	1,8	3,6
Importe von Waren und Dienstleistungen	vH ²⁾	8,5	10,5	1,0	-3,6	3,3
Erwerbstätige (Inland)	Millionen	38,08	38,75	38,92	38,68	38,59
Registrierte Arbeitslose	Millionen	4,10	3,89	3,85	4,06	4,17
Arbeitslosenquote ⁵⁾	vH	10,5	9,6	9,4	9,8	10,0
Verbraucherpreise ⁶⁾	vH	0,6	1,9	2,5	1,4	1,6
Finanzierungssaldo des Staates ⁷⁾	vH	-1,5	-1,4 a)	-2,8	-3,7	-3,3

1) Jahr 2002: Eigene Schätzung, 2003: Prognose. - 2) In Preisen von 1995; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. - 3) Inländische Verwendung. - 4) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. - 5) Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen, Selbständige, mithelfende Familienangehörige). Von 1999 bis 2001 Quelle: BA. - 6) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995 = 100); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. - 7) Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.- a) Mit Berücksichtigung der UMTS-Lizenseinnahmen: + 1,1 vH.

Die begonnene, zaghafte konjunkturelle Aufwärtsbewegung wird sich zwar im nächsten Jahr festigen, aber es bleibt eine Erholung mit „angezogener Handbremse“. Konjunkturell belastende Unsicherheiten, beispielsweise in Bezug auf die Aktienmarktentwicklung und den Irak-Konflikt, werden zunächst fortwirken. Impulse kommen hauptsächlich vom Außenhandel, die Binnennachfrage ist vergleichsweise kraftlos. Alles in allem hält der Sachverständigenrat eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 1 vH im Jahr 2003 für das wahrscheinlichste Szenario. In diesem Fall nimmt die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt weiter auf 4,17 Millionen Personen zu, und es ist nicht ausgeschlossen, dass Deutschland erneut das Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts verletzt.

Somit wird Deutschland auch im nächsten Jahr die rote Laterne im Euro-Raum tragen. Die im internationalen Vergleich unzureichende Wachstumsdynamik hat dabei im Wesentlichen nicht vorübergehende, konjunkturelle, sondern strukturelle Ursachen; dies belegen die Analysen des Sachverständigenrates. Ursächlich sind Regulierungen auf Faktor- und Gütermärkten, mangelnde Effizienz der Systeme der sozialen Sicherung und auch die falschen politischen Weichenstellungen im Gefolge der deutschen Vereinigung.

Der Sachverständigenrat stellt deswegen ein zwanzig Punkte umfassendes Reformprogramm zur nachhaltigen Stärkung der wirtschaftlichen Antriebskräfte vor. Den Kern dieses Programms für Beschäftigung und Wachstum bildet die Reform des Arbeitsmarkts, denn die derzeitige institutionelle Ausgestaltung ist mit verantwortlich für die desolante Arbeitsmarktlage. Die Politik muss an den Ursachen des Problems ansetzen: Sie muss bessere Voraussetzungen zur Stärkung der Nachfrage nach Arbeit schaffen, eine größere Arbeitsmarktflexibilität herstellen sowie die Anspruchslöhne senken und gleichzeitig den Niedriglohnbereich ausbauen. Die Hartz-Vorschläge hält der Sachverständigenrat für nicht ausreichend. Für den Niedriglohnbereich diskutiert der Sachverständigenrat ein aus drei Bausteinen bestehendes Maßnahmenpaket, das durch eine grundlegende Neugestaltung der Lohnersatzleistungen und der Sozialhilfe die Attraktivität einer Beschäftigung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhöht. Im Gegensatz zu den derzeit in der Politik diskutierten Vorschlägen werden die Anspruchslöhne deutlicher abgesenkt – dadurch führt der Reformvorschlag des Sachverständigenrates insgesamt zu keiner fiskalischen Mehrbelastung und dies, obwohl Sozialhilfeempfängern im Vergleich zum Status quo bei einer Arbeitsaufnahme ein deutlich größerer Anteil ihres Transfereinkommens belassen wird und die Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden. Arbeit lohnt sich wieder mehr.

Bei den Sozialversicherungen besteht der größte Handlungsbedarf derzeit in der Gesundheitspolitik. Hier setzt der Sachverständigenrat einerseits auf die Mobilisierung von Effizienzreserven im gegenwärtigen System, andererseits entwickelt er aber auch zwei konzeptionelle Reformstrategien. Diskretionäre Ausweitungen der Beitragsgrundlage zur dringend nötigen Dämpfung der Beitragssatzentwicklung hält der Sachverständigenrat für verfehlt. Zukunftssicherer sind vielmehr ausgabenseitige Reformen, die insbesondere an den kostensteigernden Fehlanreizen im Patienten-Arzt-Verhältnis, an einer neuen Rollenzuweisung für die Gesetzliche Krankenversicherung und die Private Krankenversicherung und an einer freieren Vertragsgestaltung der Krankenkassen mit den Leistungsanbietern ansetzen. Weitergehend ist ein Systemwechsel ins Auge zu fassen. Als grundlegende Reformstrategie bietet sich ein Übergang im Umlageverfahren von der lohnzentrierten Beitragsfinanzierung zu einem System von Kopf-Pauschalen an, verbunden mit einer Verlagerung der in der Gesetzlichen Krankenversicherung gegenwärtig enthaltenen einkommensbezogenen Umverteilungselemente in das Transfer- und Steuersystem. Parallel dazu sollte in der Privaten Krankenversicherung die Portabilität der Alterungsrückstellungen hergestellt werden, um in einem dann möglichen Systemwettbewerb die konzeptionelle Überlegenheit des einen oder anderen Systems herausfinden zu können.

Auch die Haushaltspolitik und die Steuerpolitik müssen zu wachstums- und beschäftigungsfreundlichen Rahmenbedingungen beitragen. Haushaltskonsolidierung schafft Freiräume zur Entfaltung privatwirtschaftlicher Dynamik, wenn gleichzeitig die Staatsquote zurückgeführt wird. Die Bundesregierung hat hier zwar wichtige Schritte getan, allerdings muss der Konsolidierungskurs konsequenter als bisher fortgesetzt werden, ergänzt durch Ausgabenumschichtungen zu Gunsten investiver Ausgaben. Die angespannte Haushaltslage ist nicht nur eine Folge der schlechten Konjunktur, sondern auch unzureichender Konsolidierungsanstrengungen der vergangenen Jahre – die Versäumnisse der Vergangenheit und nicht der Stabilitäts- und Wachstumspakt sind dafür verantwortlich, dass nun kaum finanzpolitischer Spielraum besteht. Für falsch hält der Sachverständigenrat ein Aufweichen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Der Pakt schützt die Europäische Zentralbank vor finanzpolitischem Druck und ist somit ein zentrales Element zur Sicherung der Stabilität des Euro.

Herausgeber: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Gustav-Stresemann-Ring 11, 65180 Wiesbaden
Telefon: 0611/75-2390, Telefax: 0611/75-2538, E-Mail: srw@destatis.de

Die Jahresgutachten und ergänzende Informationen sind auf den Internet-Seiten des Sachverständigenrates verfügbar:

www.sachverstaendigenrat.org

In gedruckter Form liegt das Jahresgutachten Ende November/Anfang Dezember vor. Zu beziehen ist es über den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel (Auslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, E-mail: StaBA@s-f-g.com).